

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei E. J. Krieger & Co. Breitestraße 20. in Prag bei J. Streifand, in Referat bei H. Mathias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stuttgart, Wien; bei G. L. Danne & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Hoffe. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 209.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/6 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Die Postgebühren werden alle Postanstalten bei Bestellung des Reiches an.

Sonnabend, 22. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Amtliches.

Berlin, 21. März. Der Kaiser hat den Professor an der technischen Hochschule, Lubewig, zum nichtständigen Mitgliede des Kaiserl. Patentamts ernannt.

Der Kaiser hat im Namen des Reiches den bisherigen Konsul in Panama, Julius Freiherrn von Soden, zum Konsul in St. Petersburg ernannt.

Der König hat den Landgerichts-Rath Struckmann in Göttingen zum Ober-Landesgerichts-Rath bei dem Ober-Landesgericht in Kiel, und die Gerichts-Äffessoren Landshüt, Gräfe, Bertsch, von Garnier und Garstenn zu Amtsrichtern ernannt; ferner dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Rendorff in Kiel den Charakter als Geheimen Justiz-Rath, dem Direktor der Provinzialländischen Irrenanstalt, Sanitäts-Rath Dr. Georg Wilhelm August Meyer zu Osnabrück den Charakter als Geheimen Sanitätsrath, sowie dem Kreis-Hofrath Dr. med. Bernhard Schulz zu Coblenz und dem Baderarzt Dr. med. Richard Schmitz zu Neuenahr den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der ordentliche Lehrer am hiesigen Wilhelms-Gymnasium, Dr. Schmiele, ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden. Der ordentliche Lehrer Dr. Vinde am evangelischen Gymnasium zu Gr. Glogau ist zum Oberlehrer befördert worden.

Der Rechtsanwalt Feldmann in Cammin ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Cammin, der Rechtsanwalt Cohn zu Kolmar i. P. zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Kolmar i. P., der Rechtsanwalt Weiß zu Gostyn zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Posen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gostyn, und der Rechtsanwalt Möllis zu Winzig zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Winzig, ernannt worden.

Der Militär-Intendantur-Registrator Czernicki vom V. Armeecorps ist zum Geheimen Registrator im Kriegs-Ministerium ernannt worden.

Dem zur Zeit als Assistent bei der Thierarzneischule zu Hannover beschäftigten Thierarzt Carl Friedrich Adolf Albert Nicol ist die kommissarische Verwaltung der neu errichteten Zweiten Kreis-Thierarzneischule für den den Stadtkreis Magdeburg und den Kreis Wolmirstedt umfassenden kreisärztlichen Bezirk, unter Anweisung seines Wohnsitzes in Magdeburg, übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung.

Berlin, 21. März. Am Tische des Bundesrathes: v. Puttkamer, v. Bötticher.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Das Haus setzt die Verhandlung des Gesetzes über Verlängerung des Sozialistengesetzes fort.

Abg. Dr. Hänel: Unsere Partei wird dem Antrage auf Kommissionsberatung nicht widersprechen; wenn eine so große Partei, wie das Zentrum, einen solchen Antrag stellt, so muß doch sachlich ein Bedürfnis zur kommissarischen Verhandlung vorliegen. Ich gebe nun zu der gestrigen Debatte, zunächst zu der Rede des Reichskanzlers über, welche persönliche Angriffe gegen Mitglieder unserer Partei enthielt. Wir haben genau gewußt, daß diese persönlichen Angriffe erfolgen würden — und deshalb ließen wir uns in der Debatte zurückhalten. Wir haben dadurch gezeigt, daß Niemand mehr als der Reichskanzler die Kunst besitzt, schwere persönliche Angriffe zuerst vorzubringen. Wir würden die reine Wirkung einer Rede in dieser Beziehung nur abschwächen, wenn wir darauf erwidern wollten. — Der Herr Reichskanzler hat sodann der Fortschrittspartei vorgeworfen, daß sie durch ihre Agitation die der Sozialdemokratie verstärke. Wenn aber hier im Hause eine einzige Partei Bismarck sans phrase entstände, wenn die Sozialdemokratie die einzige Oppositionspartei wäre, ihre Kraft und ihr Einfluß würde immens wachsen. Der Reichskanzler hat uns supponirt, wir hätten die Absicht der kaiserlichen Botenschaft verdächtigt. Das ist unwar — wir haben nicht die Ziele, sondern die zur Erreichung dieser Ziele gewählten Mittel verurtheilt. Eigenthümlich ist, wie der Reichskanzler gestern die ganze Schutzpolitik als eine rein arbeiterfreundliche hinstellte (Sehr richtig! rechts), daß ist doch eine ganz leere Redewendung. Es müßte dann doch bewiesen werden, daß dadurch die Arbeitslöhne gehoben worden sind. Nirgends aber ist solch ein Beweis angeführt worden und deshalb behalten wir Recht, daß durch die Schutzölle gerade die Arbeiter am meisten betroffen werden. Und da will der Reichskanzler unsere Opposition gegen die Schutzölle eine arbeiterfeindliche nennen! In Sachen der Arbeiterversicherung ist die liberale Seite doch schon längst mit positiven Anträgen vorgeworfen. Hätte man unseren Anträgen Folge gegeben, man hätte längst schon 100,000 Arbeiter mehr versichern können, als durch die jetzige Vorlage, die nur eine Koalition der Arbeitgeber herbeiführen wird und keineswegs den sozialen Frieden bringen. Wenn wir dem widersprechen, darf man uns nicht vorwerfen, wir träten gegen die Intentionen der kaiserlichen Botenschaft auf. So viel zur Abwehr. — Die Regierung versucht wiederholt, das Sozialistengesetz zu verquicken mit den Attentaten und Dynamitverbrechen. Dagegen aber und besonders zur Verhütung solcher Ausschreitungen muß das allgemeine Gesetz genügen, und genügt es nicht, so müssen die Akten des gemeinen Gesetzes ausgefüllt werden. Ich glaube vielmehr, daß gerade das Sozialistengesetz derartige in geheimen Konventikeln beschlossene Verbrechen zeitigt. Lehren das nicht auch die Vorgänge in Russland? Zeigt sich nicht überall, daß gegen solche Verbrechen weit eher das allgemeine, als das Ausnahmengesetz sichert. In der gestrigen Sitzung hat Abg. Marquardsen behauptet, die Gründe, die für das Sozialistengesetz einmal geltend gewesen, müßten auch für diesmal genügen. Nein, das ist keineswegs der Fall. Und wenn Minister v. Puttkamer noch etwas optimistisch andeutete, daß eine zweijährige Verlängerung des Sozialistengesetzes genügen werde, so war im Gegentheil Fürst Bismarck keineswegs so optimistisch. Die Regierung scheint dieses Ausnahmengesetz zu einer dauernden Institution machen zu wollen. Die Regierung scheint gar nicht daran zu denken, daß sie je mit Hilfe des gemeinen Gesetzes auskommen könne. Der Reichskanzler erklärte, das Gesetz zu nehmen, wie es geht und steht, oder abzulehnen. Die Absicht einzelner Aenderungen scheint somit aufgehoben. — Ich habe bei der ersten Verhandlung des Gesetzes mich als Gegner bezeichnet, aber betont, für die Freunde des Gesetzes kommt es auf den Erfolg an. Und Erfolg hat das Gesetz nicht gehabt — das gestehen doch die Motive zu. Ich sagte Ihnen dies damals voraus, man verachte mich — jetzt gesteht die Regierung,

wenn auch verblümt, die Erfolglosigkeit des Gesetzes zu. Ueberall sehen wir eine Zunahme der Sozialdemokratie und auch die Zahl ihrer Vertreter im Reichstage ist größer als je. Wer nüchtern die Sache betrachtet, muß erkennen, die Sozialdemokratie ist durch das Gesetz nicht gebrochen worden. Glauben Sie nun, was bisher nicht erreicht worden, wird in 2, in 6, in 10 Jahren erreicht werden? Was die Sozialdemokratie stützt, ist der Staatssozialismus, zu dessen Entschuldigung man selbst die Steinische Gesetzgebung als Staatssozialismus bezeichnet hat. Unter Sozialismus verstehen wir, daß man gleichsam beamtenmäßig die Verhältnisse des Gesellschaftslebens ordnet. Dieser Sozialismus kann mit einem Schläge eingeführt werden — das will die heutige Sozialdemokratie; man kann ihn Schritt für Schritt einführen — das wollte Lassalle. Und wer wie der Reichskanzler das letztere Prinzip verteidigt, kann der ersten doch nicht entgegenreten. Minister v. Puttkamer las uns gestern aus einem Buche vor, dessen Inhalt im Grunde schon im Plato steht — aber ich möchte Herrn B. bel fragen, ob ihm bei Abfassung des Buches nicht die Tabaksmonopolfrage vorschwebte? (Sehr richtig! links.) Wenn wir erst die Staatsregierung auf solchen Wegen sehen, giebt es keine Grenze mehr für die Einmischung des Staates in die Privatthätigkeit. Thut der Staat dies, so darf er nicht jene Waffe des Ausnahmengesetzes für sich beanspruchen. — Wenn Etwas, so wirkt vielleicht die Verhinderung der Regierung einschneidend, daß sie erst in Ruhe für die Arbeiter durch die Sozialreform sorgen will — dann wird es des Sozialistengesetzes nicht mehr bedürfen. Ich sage aber, ein solches Unternehmen ist eine Chimäre. Es wäre vielleicht vor 50, 60 Jahren geglückt, aber nimmermehr jetzt bei dem starken Selbstgefühl der arbeitenden Bevölkerung, die keine Bevormundung, keine Wohlthaten verlangt. Dieser Thatsache gegenüber werden Sie mit Ihrer Sozialreform Nichts erreichen und nur Undank ernten. Wie mächtig der Herr Reichskanzler auch ist, allgemeine psychologische Thatsachen kann er nicht abändern. (Beifall links.) Gerade die Herrschaft des Sozialistengesetzes hat mit beigetragen zur Verstärkung der Parteifeindschaften, nur unter dem Sozialistengesetze war die Antisemitbewegung denkbar — wir bekämpfen einander und vergessen dabei des gemeinsamen Feindes. Wie können wir denn gegen die Ziele der Sozialdemokratie kämpfen? Wir wissen doch gar nicht, was ihre Ziele sind, da wir die Sozialisten mundtot gemacht haben. Ist es nicht unerbötlich, die Sozialdemokratie anzugreifen und ihnen die Antwort nicht zu gestatten? Ich habe in der Wahlbewegung vor einem halben Jahre die Schädlichkeit dieses Zustandes persönlich kennen gelernt. — Zu erwähnen wäre auch die Dehnbarkeit des Gesetzes, die es der Regierung ermöglicht, die Sozialdemokratie gegen unliebsame Parteien auszupeilen. Die Klage, daß das Sozialistengesetz in Berlin zu Gunsten gewisser Parteien verschiedene Ausföhrungen erfahren, ist durchaus begründet. Der Herr Minister hat auf die Dehnbarkeit der Bestimmungen verwiesen — in der That ist die Bestimmung in Berlin nach Belieben heute so, morgen so ausgelegt worden. — Die schlimmste Folge des Gesetzes ist aber, daß eine Zahl von Ritzbürgern sich gewöhnen, außerhalb des Gesetzes zu stehen — das ist gerade eine Erziehung zu revolutionärer Denkart, das ist das Kennzeichen des Ausnahmengesetzes. Ich habe Ihnen vorausgesagt, daß dies die Folge sein würde — es ist in Erfüllung gegangen. Die Vortheile des Gesetzes wiegen die großen Nachtheile, die es gebracht hat, nicht auf. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Im Namen meiner Partei kann ich erklären, daß wir nicht nur für die Verlängerung des Gesetzes, sondern auch gegen Verweisung an eine Kommission stimmen werden. Betrachten wir Irland, Rußland und andere Länder, so erkennen wir doch, wie sehr wir seit Erlaß des Gesetzes von Unruhen verschont geblieben sind, wieweil uns das Sozialistengesetz genügt hat. Der Haupterfolg scheint mir aber noch ein anderer zu sein. Vergleichen Sie doch die gestrigen Reden der Sozialisten mit denen, die sie früher hier gehört haben — die Führer glauben und wissen eben, daß sie den Arbeitern gegenüber nicht mehr in der früheren Weise sprechen dürfen. Die Abgg. Hasenclever und Kayser beschäftigen sich ja mit Verbesserung der sozialen Lage; die Abg. Bebel und v. Vollmar doch wohl kaum. Denken Sie daran, wie Abg. v. Vollmar hier einst die Pariser Kommune verteidigt hat und wie Abg. Bebel hinzufügte, die Herren wären sehr milde gewesen. Wenn wir jetzt sehen, daß Herr Most von ihnen desavouirt wird, so hat er doch früher dem Reichstage angehört und wenn wir von all den Unthaten im Auslande hören, so muß ich wiederholen, wir können das Gesetz nicht entbehren. Das seiner Zeit das Zentrum gegen das Gesetz gestimmt hat, war eine Folge des Kulturkampfes; jetzt ist die Lage doch eine ganz andere und die Herren bedürfen doch kaum noch des Mantelchens der Kommission. Die Befürchtung, daß das Gesetz auf andere Parteien ausgedehnt werden könnte, ist doch gar nicht in Erfüllung gegangen. Die Zunahme der Sozialdemokraten darf uns nicht kümmern; es stimmt Mander mit ihnen, ohne Sozialist zu sein. Ich erinnere Sie daran, wie ich in Breslau von den stets mit der Sozialdemokratie stimmenden Arbeitern empfangen wurden. Abg. Windthorst hat gestern von der Autokratie Ludwigs XIV. gesprochen; will er etwa jene Zeit mit der unseren vergleichen? Die Frage, ob man in das Strafrecht Bestimmungen gegen die Sozialdemokratie aufnehmen könne, ist in der Kommission 1878 sehr wohl erwogen, vom Abg. v. Schwarz aber dahin beantwortet worden, daß das nur zu einer Beschränkung der allgemeinen Freiheit führen würde. — Beachtenswerth ist es wohl auch, daß die Sozialisten jetzt hier stets im Gegensatz zu früher betonen, sie seien Deutsche und nicht international. — Abg. Dr. Hänel hat dann wieder die Schädlichkeit der Schutzölle für die Arbeiter betont. Ist denn aber nicht das Petroleum billiger geworden und ebenso das Getreide (Beifall rechts) nach Einführung des neuen Zolltarifs? Abg. Hänel wirkt uns vor, wir stimmten der Verlängerung des Gesetzes zu, weil die Regierung es wünscht — nein wir prüfen jedes Gesetz und vertreten unseren Standpunkt — zufällig stimmt er meist mit dem der Regierung überein. Der Herr Reichskanzler hat außer auf die Schutzölle gestern doch auch auf den Segen der Steuererleichterung hingewiesen und diese ist doch wahrlich ein Vortheil. Endlich hat er auf die Arbeiterversicherung hingewiesen und Abg. Hänel ist dagegen, weil die Privatgesellschaften dabei nicht berücksichtigt sind. Wir geben aber gegenwärtig einer Verlebrstiftis entgegen; sie ist voraus gegeben worden von Lord Beaconsfield, von hervorragenden englischen und französischen Nationalökonomien und zwar in Folge der Einführung der Goldwährung. (Weiterer Beifall links.) Ich schließe mit der Bitte, daß Sie für die Verlängerung des Gesetzes und gegen die Kommission stimmen. Ich glaube, daß auf der Linken viele Mitglieder sitzen, die nur unter dem Zwange der Partei gegen die Verlängerung des Gesetzes stimmen. Ich könnte Ihnen ein altes Mitglied der Fortschrittspartei nennen,

das jetzt nicht dem Parlament angehört, aber von Einfluß und für die Verlängerung des Gesetzes ist und daß Sie dagegen sind, für einen verhängnißvollen Fehler hält. (Beifall rechts.)

Abg. Sonnemann: Wenn Sie für Ueberweisung des Gesetzes an eine Kommission stimmen, so bitte ich Sie, auch einen Sozialdemokraten in die Kommission zu wählen, was bei der Unfallsversicherungskommission unterlassen worden ist. Keine Partei wird nach wie vor gegen das Gesetz stimmen; befreudlich muß ich es finden, daß die Regierungspresse sich so sehr mit ihrer Polemik gegen andere Parteien, niemals aber gegen die Sozialdemokraten wendet. Herr v. Puttkamer ist die Antwort auf die Vorwürfe des Abg. Bebel in Bezug auf die agents provocateurs schuldig geblieben; er hat uns lange Auszüge aus einem Buche von August Bebel vorgelesen, aber nicht die Verbindung zwischen Anarchisten und Sozialisten, von der die Denkschrift spricht, nachgewiesen. — In Frankfurt ist man seit der Affaire Horich sehr vorsichtig geworden in der Beurtheilung von Dynamitaffären. Die Sozialisten erklären mit Bestimmtheit, daß sie mit den Anarchisten nichts zu thun haben. Anarchistische Ausschreitungen sind aller Orten vorgekommen, ohne daß man deshalb überall Ausnahmegefesze gemacht hätte. Aus den Kreisen der Ausgewiesenen aber sind solche Ausschreitungen doch nicht bekannt geworden. Nun ist wohl gesagt worden, daß das Gesetz immer nur auf Sozialisten angewendet worden ist. Es sind aber auch oft Verbote von Versammlungen erlassen worden, die andere Parteien betroffen haben und nachher zurückgenommen werden mußten. Wenn meine Partei gegen die Verlängerung des Gesetzes eintritt, so hat dies keine persönlichen Gründe, denn meine Partei wird von den Sozialdemokraten aufs schärfste angegriffen, aber wir stimmen dagegen aus allgemeinem Rechtsbewusstsein — Es hat gestern der Reichskanzler die fortschrittliche Presse mit Vorwürfen überhäuft, daß sie die Sozialdemokratie stärke. Das erinnert doch sehr an die Fabel vom Wolf und Lamm. Erinnern Sie sich daran, daß die „Prog.-Korr.“ neulich die Fortschrittspartei als landesfeindlich bezeichnet hat, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Abg. Windthorst als revolutionär bezeichnet hat. Und es steht doch fest, daß viele derartige Artikel in versiegelten Couverts der Redaktion der „N. N. Ztg.“ zugehen. Ich glaube, daß den Verdächtigungen der Regierungspresse gegenüber die liberale Presse sehr milde ist. — Der Herr Reichskanzler hat gestern von den Segnungen seiner Politik für die Arbeiter gesprochen. Aber von dem Schutzoll hat doch nur die Großindustrie Nutzen gehabt (Widerspruch rechts) und die Steuerreform ist keineswegs ein Werk des Reichskanzlers allein. Ich treue mich, daß bei diesem Anlasse die „Deutsche freisinnige Partei“ geschlossen auf dem freirechtlichen Standpunkte steht. Dem Gerüchte, daß das Zentrum für die Verlängerung eintreten wird, kann ich keinen Glauben schenken, da es ja selber unter Ausnahmegefeszen leidet. Ich glaube, das Zentrum wird nicht mit gutem Gewissen vor seine Wähler treten können, wenn es für Verlängerung des Gesetzes stimmt; ich hoffe, das Zentrum wird in der Kommission sich dagegen erklären.

Bevollmächtigter zum Bundesrath Minister von Puttkamer: Der Herr Vorredner hat ziemlich deutlich den Verdacht ausgesprochen, daß die Regierung an den Dynamitattentaten nicht unschuldig sei. Die Frankfurter Angelegenheit liegt sehr einfach. Wir sind leider nicht bisher im Stande gewesen, den Urheber des Attentats zu fangen; die Moskische „Freiheit“ nimmt die Ausführung des Attentates für die Sozialdemokratie in Anspruch, und der „Sozialdemokrat“ bezeichnet, wenn er von dem Frankfurter und dem Londoner Attentate spricht, nur letzteres als eine Infamie. Weiteres detaillirtes Material über Reinsdorf und Genossen könnte event. die Regierung Ihnen in der Kommissionsberatung, falls es dazu kommt, vorlegen.

Abg. Hasenclever: Reinsdorf ist Anarchist. Abg. v. Malzahn-Gülz: Wir werden mit der freikonservativen Partei für die Verlängerung des Gesetzes und gegen Kommissionsberatung stimmen, trotzdem wir anerkennen müssen, daß dadurch ein Theil der Bevölkerung außerhalb des Gesetzes gestellt wird. Aber die Sozialdemokratie stellt sich andererseits doch selbst auf den Boden der Gesetzlosigkeit, wenn sie hier auch jede Gemeinschaft mit den Anarchisten ablehnt. Abg. Hasenclever hat aber gestern nicht die Worte der Anarchisten als solche, sondern nur das unnütze, fruchtlose Blutergießen getadelt. Abg. Bebel hat betont, daß Ausschreitungen nur von Agents provocateurs herrührten, die als Mitglieder in die Partei eingetreten seien. Schön, mag dies sein — aber hätten jene Agenten solchen Einfluß gewinnen können, wenn sie nicht die Zustimmung der Sozialisten gefunden hätten? Abg. Bebel hat gestern erklärt, die Sozialdemokraten würden bleiben, wie sie sind, und Abg. v. Vollmar hat einmal hier gesagt, er als Sozialdemokrat sei revolutionär hier im Lande und im Auslande. (Hört, hört! rechts.) Daran wollen wir uns halten. Wir dürfen die Sozialisten nicht auf den Gasen predigen lassen, wenn ich auch nicht, wie Abg. Windthorst, die Lehfreiheit beschränken und die Zensur wieder einführen will. Eine Folge des Gesetzes zeigt sich schon in dem Umfange, daß jetzt hier im Parlament nur die mildere Richtung der Sozialdemokratie vertreten ist, eine weitere, daß alle größeren Erzasse außerhalb Deutschlands erfolgt sind. Es würden noch glücklichere Erfolge erreicht werden, wenn erst andere Länder unsere Bestrebungen mehr unterstützen würden. Freilich ist eine Heilung der Schäden nicht möglich ohne Mitwirkung der Kirche. Wenn Abg. Windthorst aber Ludwigs XIV. auftritt gegen den Papst als Ursache von Frankreichs Rückgang geltend macht, so hat er vergessen, daß die Hauptursache des Rückganges die Aufhebung des Edikts von Nantes gewesen ist. (Beifall rechts.) Bei der ersten Einbringung dieses Sozialistengesetzes verlangten wir dieses Gesetz ohne Zeitbestimmung — wir stimmen für die Bewilligung der zweijährigen Verlängerung und glauben, daß keine Kommissionsberatung dazu nöthig ist. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski führt aus, daß das Vorhandensein der Sozialdemokratie besonders darin Grund habe, daß die Regierung durch diese Kirchenpolitik das Vertrauen erschüttert und die Rationalität der Polen unterdrückt. Redner bebauert dann, daß der sichere Halt, den Polen als Königreich gegeben, durch die Zerstückelung seitens der Großmächte verloren gegangen sei.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Die Klagen des Vorredners über die Zerstückelung Polens sind nicht zutreffend. Die Großmächte hätten sich jeder Einmischung enthalten, wenn nicht Polen zu jener Zeit schon selbst zerfallen gewesen wäre und durch die Unterdrückung des evangelischen Elements sich selbst geschwächt hätte.

Abg. Liebknecht: Ich muß von vornherein erklären, daß ich einer Kommission nicht beitreten werde, die über ein Ausnahmengesetz gegen einen Theil der Bevölkerung zu bestimmen hat. — Wenn man mit abgerissenen Zitaten gegen uns kämpfen will, so beweist man damit gar nichts. Ich habe schon in der Hochverrathsverhandlung gegen mich gezeigt, wie ich mit abgerissenen Zitaten selbst Shakespeare und Bi

letzes, der nebenbei König von Sachsen war, als unfittlich charakterisiren könne. So ist es auch mit der Frankfurter Affaire; ich habe über diese Affaire im „Sozialdemokrat“ geschrieben, es handle sich nur um eine unbedeutende Explosion — (der Redner wird in dem Verlesenen des Berichts durch die Unruhe des Hauses und die Ermahnung des Präsidiums unterbrochen.) Es ist laut geworden, daß ein entlassener, misgünstiger Polizeibeamter der Urheber des Attentates gewesen. In der Affaire Reindorf hat sich ergeben, daß die Preussische Polizei von Dingen Kenntniß gehabt hat, die nur Reindorf wissen konnte. Wäre bei unserer Polizei das etwas Neues? Denken Sie doch an den Prozeß Waldeck! Es zeigt sich, daß die Polizei immer mehr ein Spionagesystem ausübt —

Präsident v. Levetzow ruft den Redner zur Ordnung.
Abg. Liebknecht (fortfahrend): Wir haben die schriftlichen Beweise dafür in Händen, daß die Polizei Agenten unter den Sozialdemokraten unterhält. Auf der Journalistentribüne des Reichstags befinden sich Geheimpolizisten, dazu ist die Tribüne doch nicht da. (Heiterkeit, Rufe: Es sind keine da!) Dann sind sie jetzt fortgegangen! Ich erinnere daran, daß Hödel im Auftrage des Pastors Stöder in unseren Versammlungen Flugblätter vertheilt hat, Hödel hängt also nicht an unseren Rockschößen, sondern an denen des Pastors Stöder und dieser an denen des Reichsanwalters. — Wir haben allerdings von Anwendung von Gewalt gesprochen — aber Gewalt ist doch nicht Revolution. Gewalt hat auch in hohem Maße Fürst Bismarck ausgeübt, ist er deshalb ein Revolutionär? Ist das deutsche Reich mit Lavendel- und Rosenöl begründet worden? Doch wohl nicht. — National sind wir unserer Geburt nach, aber wir halten unsere moderne Kultur für international. Man hat gesagt, die Kommune habe die Symbole der französischen Geschichte zerkleinert — aber dieses Symbol, die Vendome-Säule, war das Zeichen eines barbarischen Sieges. Auch die deutschen Vendome-Säulen werden einst zerstört werden! (Unruhe rechts, Rufe: „Alles auf friedlichem Wege!“) Sozialreform nennen wir die Verbindung der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital — die Sozialreform des Fürsten Bismarck aber besteht in Polizeigesetzen, mit denen einer gewaltsamen Lösung der sozialen Frage nicht vorgebeugt werden kann. Eine Revolution wollen und können wir nicht wollen — aber wenn wir erst einen wirklichen Staatsmann sozialistischer Schule an der Spitze hätten, dann würden unsere Theorien spielend ins Leben gerufen werden können. Wofür Sie sich entscheiden, ist uns als Partei gleichgültig. Aber ich will Sie doch aufmerksam machen, daß die Anarchisten nur durch unsere Organisation von Deutschland ferngehalten worden sind. Das Gesetz wäre es nicht pro nihilo, es wäre pro nihilismo! Glauben Sie, daß unsere Sozialdemokraten Feiglinge sind, daß sie nicht ausführen können, was die Anarchisten in Rußland gethan? Wollen Sie dies vermeiden, so stimmen Sie gegen dieses Gesetz, ein Denkmal ewiger Schande seiner Urheber.

Präsident v. Levetzow: Ich rufe den Redner zur Ordnung. — Auf eingetragene Erkundigung kann ich dem Redner gegenüber konstatiren, daß auf der Journalistentribüne nur Journalisten sich befinden. (Hört, hört! und Heiterkeit rechts.)

Abg. Frhr. Langwarth v. Simmern (Welfe) erklärt sich im Prinzip gegen das Gesetz, welches zur Diktaturperiode um zwei Jahre verlängert würde; wie die Verhältnisse gegenwärtig aber liegen, will Redner für Kommissionsberatung stimmen.

Abg. Dr. Windthorst: Man hat in der heutigen Diskussion zu erkennen gegeben, daß man meinen Antrag auf Kommissionsberatung nur als ein Mäntelchen ansieht. Das ist unrichtig. Gegenwärtig tagen noch viele Parlamente in den Einzelstaaten, so daß viele Mitglieder dieses Hauses verbunden sind, an unseren Verhandlungen theilzunehmen. Es handelt sich, Herr v. Kardorff, für mich nicht um ein Mäntelchen, sondern um einen schweren Akt. Die Nothlage wird nicht mit Ja oder Nein gelöst. Gätte ich nur für mich zu sprechen, so würde ich, was ich zu thun hätte — ich spreche aber im Namen meiner Fraktion. So kann nur dringend bitten und flehen (Heiterkeit), daß man die Sachen ernst nehme. Sie sind sehr ernst und wir sollten uns vor zu schneller Entscheidung hüten. — Meine Partei wird stimmen danach, wie die Gründe dafür oder dagegen sind zu bestimmen. Das Ausnahmengesetz, unter dem wir leiden, ist noch viel schlimmer als das Sozialistengesetz. (Heiterkeit.) Das große Gerücht der Maigesetze besteht noch immer, ich will heute nicht auseinanderlegen warum. Die Aeußerung des Abg. v. Kardorff trifft also wieder nicht zu. Ich habe den Rückgang Frankreichs und seine Unordnungen als von dem Absolutismus Ludwigs XIV. abhängig bezeichnet. Ich gebe auch zu, daß der Klerus und die höhere Gesellschaft jener Zeit mit Schuld getragen. Ich will aber nur noch betonen, daß bei aller Ähnlichkeit unserer Zeit mit der Ludwigs XIV. man sich hüten möge, ihr noch ähnlicher zu werden. Abg. v. Rathhahn hat von dem Geist von Nantes gesprochen — diese Widerrufung hat der Papst widerrufen, gerade wie: ich (Heiterkeit.) Die Maigesetze sind aber schlimmer als der Widerruf des Geistes von Nantes, sie sind die Erwidrerung auf die Magna Charta der Freiheit der Kirche. (Beifall im Centrum.) Ich bedaure, daß der reine Geist Preußens dadurch so schlimme Fleden erhalten hat.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt
Abg. Liebknecht: Es wird mir mitgeteilt, daß von Beginn der Sitzung an bis zu dem Moment, wo der Fürst Reichsanwalters den Saal verließ, auf der Journalistentribüne sich Polizeirath Krüger mit 5 Geheimpolizisten befunden hat. Ich kann also konstatiren, daß ich jene Behauptung nicht grundlos gemacht habe.

Präsident v. Levetzow: Mir ist das Gegenheil mitgeteilt worden; ich will aber Erkundigungen einziehen und das Resultat derselben dem Hause mittheilen. (Beifall.)

Abg. Lenzmann: Vielleicht könnte uns der Minister v. Puttkamer über die streitige Frage Auskunft geben. (Große Heiterkeit.) Das Gesetz wird sodann mit großer Majorität an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Dagegen stimmen die konservativen Parteien.

Ohne Diskussion wird hierauf die mit der Schweiz wegen Zulassung der Medizinalpersonen geschlossene Uebereinkunft und der Entwurf über Kontrolle des Reichshaushalts für Elsaß-Lothringen in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Aftengesetz.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

10. Sitzung.

Berlin, 21. März. Am Ministertische: Lucius, Friedberg, Maubach, v. Scholz, v. Götzer, v. Böttcher.
Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Für die demnächst an das Haus gelangenden Vorlagen finanzieller Natur wird folgende geschäftliche Behandlung genehmigt: Die Vorlage betreffend die Kapitalrentensteuer geht an eine besondere Kommission, die Novelle zum Kommunalsteuergesetz wird der Kommunalkommission, die Vorlage betreffend den Stempel auf Kauf- und Lieferungsverträge der Budgetkommission überwiesen.

Der Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung pro 1882/83 wird nach dem Referate des Herrn Stumm, Berichterstatters der Eisenbahnkommission, ohne Diskussion durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Verathung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1884/85; Referent Graf v. Zieten-Schwerin. Eine Generaldiskussion findet nicht statt.

In der Spezialdiskussion bemängelt Graf zur Lippe den seiner Ansicht nach zu hohen Ansat des Aufkommens aus der klassifi-

zirten Einkommensteuer, es scheint allgemein eine schärfere Einschätzung stattgefunden zu haben; er selbst sei im letzten Jahre um 2 Stufen gesteigert worden.

Finanzminister v. Scholz stellt in Abrede, daß etwa eine allgemeine Anweisung an die Veranlagungsbehörden in dem angeedeuteten Sinne ergangen sei; auch könne nach den Erfahrungen des laufenden Jahres der Ansat nicht für zu hoch gelten. Der Etat der direkten Steuern wird genehmigt. Zum Etat der indirekten Steuern bemerkt beim Titel „Gerichtskosten“ auf eine Anfrage des Grafen zur Lippe, Justizminister Dr. Friedberg, daß die Wiederübertragung der Gerichtskosten auf die Gerichtsbehörden dem allgemeinen Wunsche der Rechtseingesessenen entsprechend erfolge und von der Pflichttreue der Gerichtspersonen die Durchführung dieser Reform erhofft werde. Die Depostalordnung indes wieder den Gerichten zu übertragen, das würde eine Aenderung der Vormundschaftsordnung involviren, die von keiner Seite in Aussicht genommen sei.

Der Etat wird hierauf genehmigt, desgleichen die Etats der Lotterieverwaltung, der Seehandlung, der Münz- und der Berg-, Güten- und Salinenverwaltung. Dem Etat der Eisenbahnverwaltung führt Herr Stumm aus, daß die Rentabilität der Staatsbahnen der Verwaltung die Aufgabe nahe lege, Tarifherabsetzungen im allgemeinen Interesse in Erwägung zu nehmen und die bestehenden Tarifungleichheiten zu beseitigen, namentlich die zweite Etüdenklasse allgemein einzuführen. Das Drängen auf Galttaubfernung der Eisenbahnbeamten seitens verschiedener Mitglieder des anderen Hauses sei unberechtigt; dergleichen müsse der Initiative der Regierung überlassen bleiben.

Minister Maubach konstatirt, daß man bezüglich der Tarifherabsetzungen mit größter Vorsicht vorgehen müsse; jeder derartige Schritt zehe bedeutende Einnahmeausfälle und Ausgabenvermehrungen nach sich. Die Verkehrsleiterungen im Landesinteresse würden immerfort nach Maßgabe der Erwägung geübt, daß die Eisenbahnverwaltung keine fiskalische sein solle, sondern vor Allem dem Gesamtwohl des Landes zu dienen habe. Außerdem befähigt der Minister wiederholt sein Wohlwollen für die ihm unterstellten Beamten.

Oberbürgermeister Friedensburg (Breslau) bittet um die Abstellung der Uebelstände, welche der gegenwärtigen Zustand der Breslauer Verbindungsbahn mit sich führt; der Minister sagt wohlwollende Erwägung zu.

Frhr. v. Wirsach empfiehlt den Bau einer Bahn zur Aufschließung des Kreises Sensburg und plaidirt für die Verstaatlichung der Ostpreussischen Südbahn.

Der Eisenbahnetat wird im Uebrigen ohne Debatte genehmigt, desgl. die Etats der Staatsschuldverwaltung, beider Häuser des Landtages, der allgemeinen Finanzverwaltung, der Staatsarchive, des Finanzministeriums und der Bauverwaltung.

Beim Etat der Justizverwaltung entspinnt sich eine längere Debatte über die den Amtsvorstehern neuerdings auferlegte Verpflichtung der Reinigung der Bagabonden, an der sich die Herren Frhr. v. Mantuffel, v. Kleisk-Regow, Graf Schlieben, Studemann, Graf Brühl und der Justizminister Friedberg betheiligen. Der Letztere konstatirt, daß er bereits eine Verfügung erlassen habe, wonach die Amtsgerichte, welche bisher die Reinigung hatten besorgen lassen, auch ferner den Amtsvorstehern möglichst entgegen kommen sollen.

Der Etat wird genehmigt.
Die Etats des Ministeriums des Innern, der landwirtschaftlichen und der Schutzverwaltung, sowie der Kultusetat werden ohne erhebliche Debatte angenommen, ebenso einstimmig der Etat im Ganzen, desgl. das Etatsgesetz.

Die Uebersicht der Normaltransportgebühren, die Denkschrift für die Bauausführungen an den Wasserstraßen, die Verhandlungen des Landesienbahnrathe werden für erledigt erklärt; der Vertrag mit Hesse betr. die Korrektion des Rheins zwischen Mainz und Bingen genehmigt.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Kreisordnung für Hannover, Fußbeschlaggesetz, kleinere Vorlagen.
Schluß 3½ Uhr.

Haus der Abgeordneten.

(63. Sitzung.)

Berlin, 21. März. Am Ministertische: eine große Anzahl von Regierungskommissarien.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.
Das Haus tritt in die Verathung des Vertrags ein, die zwischen der preussischen und der hessischen Regierung über die Korrektion des Rheins zwischen Bingen und Mainz abgeschlossen worden ist.

Abg. Dr. Bobichius: Der Vertrag zwischen Preußen und Hesse entspricht im Ganzen den früher getroffenen Vereinbarungen. Ich erkenne an, daß neben den Interessen der Schifffahrt auch die der Abjanten darin gewahrt sind. Doch will ich bei dieser Gelegenheit einige Wünsche äußern, für deren Erfüllung ich der Regierung dankbar sein würde. So wünsche ich die Herausgabe von Karten über die Stromkorrektion, damit man zu kontrolliren im Stande ist, ob die Korrektion auch in der projektierten Weise ausgeführt wird. Artikel II des Vertrags spricht davon, daß je bereits vorhandene oder neu entstehende Anlandung nicht befördert, sondern vielmehr möglichst verbindert werden soll. Ich möchte bitten, daß hierauf auch bei anderen Stromkorrektionen geachtet wird.

Abg. Dr. Hammacher hält es für unmöglich, daß man, wie beabsichtigt, den Wasserspiegel in gleicher Höhe wie bisher erhalten und dabei doch für die Schifffahrt genügende Fabriese schaffen können wird. Nach der Meinung der Techniker könne die Erhaltung des Wasserspiegels nur bewirkt werden, wenn die Fabriese gefördert wird. Im Jahre 1880 war die Regierung gleichfalls dieser Ansicht, sie scheint sie geändert zu haben, nachdem zahlreiche Besitzer von Landbauern am Rheine für Erhaltung des Wasserspiegels mit großem Eifer eingetreten sind. Ich hoffe aber, daß die Regierung, sobald sie die Unausführbarkeit dieses Planes einsieht, eine Aenderung des Vertrages herbeiführen wird; jedenfalls würde ich für eine Erklärung der Regierung, daß sie durch diese Regulirung eine Soblentiefe von mindestens zwei Meter unter dem ermittelten niedrigsten Wasserstande erreichen zu können glaubt, dankbar sein.

Abg. Dr. Thilenius: Wenn der Vorredner das Bedenken hat, daß der gegenwärtige Vertrag die Interessen der Schifffahrt nicht genügend wahr, so kann ich diese Bedenken nicht theilen. Jene vom Vorredner erwähnte Agitation ist nicht ausschließlich von Landbauern ausgegangen; anerkennen muß ich jedoch, daß ohne jede Agitation mancherlei Fehler des Vertrags vermieden worden wäre.
Geh. Rath Bänisch rechtfertigt die einzelnen Bestimmungen des Vertrags.

Der Vertrag wird darauf angenommen.
Die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr vom 1. April 1882/83, sowie der fünfunddreißigste Bericht der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenswesens im Jahre 1882/83 werden ohne Debatte genehmigt.

Das Haus vertagt sich darauf.
Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.
Schluß 12½ Uhr.

Pocales und Provinzielles.

Wosen, 22. März.

Personalien. Die Vorsteherstelle des Telegraphenamts in Bromberg ist dem Ober-Postdirektions-Sekretär Ebel aus Rindon (Pestfalien) übertragen worden, und zwar zunächst kommissarisch. Der Postbauinspektor Ruz in Koblenz ist nach Wosen versetzt. Der Telegraphen-Anwärter Bloch ist zum Telegraphen-Assistenten ernannt worden. Der Postsekretär Jahr in Ramisch tritt auf seinen Antrag in den Ruhestand.

Der große Zapfenstreich, welcher gestern, am Vorabend des Geburtstags unseres Kaisers, in den Hauptstraßen unserer Stadt abgehalten wurde, hatte ein sehr zahlreiches Publikum in denselben versammelt. Gemäß der von der Kommandantur getroffenen Anordnung fand der Zapfenstreich in folgender Weise statt: 8 Uhr begann auf dem Wilhelmplatz unter Leitung des Kapellmeisters Appold vom 6. westpreussischen Grenadier-Regiment, welcher auf erbobtem Podium stand, eine Musikkapelle sämmtlicher zu einer Kapelle vereinigten Musikkorps der Garnison (ca. 150 Mann). Es wurden gespielt: „Die Himmelmärlchen des ewigen Gutes“, von Beethoven, die „Fubel-Ouverture“ von G. v. Weber, Chor und Triumphzug aus der Oper „Conradi“, von Hiller und „Kriegsstraßen“, patriotisches Potpourri von Contrab. Einen sehr hübschen Anblick gewährten die mehr als 100 transparenten farbigen Stocklaternen, welche von Soldaten sämmtlicher 8 Infanterie-Bataillone und 2 Bataillone der Fußartillerie der Garnison gehalten wurden und den Musikern die erforderliche Beleuchtung gewährten. Außerdem wurden an hochragender Stelle inmitten der Musikkorps verschiedenfarbige bengalische Lichter abgebrannt, so daß der Wilhelmplatz mit den vielen dort versammelten Tausenden in magische Beleuchtung gehüllt war; noch verstärkt wurde dieser Effekt durch bengalische Lichter, die während der Musikaufführung und auch später beim Vorbeizuge des Zapfenstreichs an verschiedenen Stellen, so insbesondere auf dem Ballon der Kommandantur, in den Fenstern von Budows Hotel 2c. abgebrannt wurden. — Die Musikaufführung war nach 8½ Uhr Abends beendet. Vom Wilhelmplatz rückten die beiden Musikkorps des 46. Infanterie-Regiments und des Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 5 nebst den von beiden Regimentern gestellten Lampionsträgern nach dem Platz vor der Hauptwache; die Musiker und Lampionsträger des 6. Grenadier-Regiments und des 99. Infanterie-Regiments begaben sich nach dem Südbende der Wilhelmstraße, wo der Zapfenstreich in folgender Weise formirt wurde: Voran ritt ein Zug des 2. Leib-Gusaren-Regiments, bestehend aus einem Offizier, 2 Unteroffizieren, 16 Mann; dann kam ein Halbzug Infanterie, bestehend aus einem Bizefeldwebel, 2 Unteroffizieren, 16 Mann; eine Sektion Lampionsträger (1 Unteroffizier, 8 Mann); sämmtliche Bataillons-Adjutanten der beiden Regimenter (beritten), die Spielleute (Trommler und Pfeifer) beider Regimenter; zwei Sektionen Lampionsträger (2 Unteroffiziere, 16 Mann); beide Musikkorps, begleitet von Lampionsträgern; eine Sektion Lampionsträger; ein Halbzug Infanterie (1 Bizefeldwebel, 2 Unteroffiziere, 16 Mann); den Schluß machte ein Zug Husaren (1 Bizefeldwebel, 2 Unteroffiziere, 16 Mann). Nach 9½ Uhr hatte sich der Zug formirt, und marschirte nun unter Führung des Regiments-Adjutanten vom 99. Regiment unter den bekannten Klängen des Zapfenstreichs ab; sowohl die zahlreichen farbigen Lampions, wie auch die in dem Zuge enthaltenen Reiter mit ihren blindenden goldenen Säbeln gewährten einen sehr schönen Anblick, der noch dadurch erhöht wurde, daß an vielen Stellen des Weges, den der Zug nahm, rothe bengalische Flammen in verschiedenen Säulen abgebrannt wurden. Eine nach Tausenden zählende Menge begleitete den Zug, welcher seinen Weg durch folgende Straßen nahm: Vom Südbende der Wilhelmstraße an der Westseite derselben bis zur Racymsky'schen Bibliothek, von da längs der Nordseite des Wilhelmplatzes, durch die Gr. Ritter-, St. Martins-, Mühlentstraße bis zum Kanonenplatz, an der Westseite des Sapiehaplazes durch die Friedrichstraße, Ostseite der Wilhelmstraße bis zum General-Kommando. — Ähnlich wie der Zug in dem linksseitigen Stadttheile, war auch der für den Stadttheil rechts von der Wache formirt. Derselbe wurde von dem Regiments-Adjutanten des 46. Infanterie-Regiments angeführt; es theilte sich an demselben die Spielleute und die Musikkorps des 46. Infanterie-Regiments und des 5. Fuß-Artillerie-Regiments, während das Feld-Artillerie-Regiment Nr. 20 die Reiter gestellt hatte. Der Zug, welcher sich vor der Hauptwache am Alten Markte formirt hatte, bewegte sich von dort an der Süd- und Ostseite des Marktes vorbei, durch die Breitestraße, über die Wallischebrücke, durch die Wallische am Dome vorbei bis zum Schrodmarkt, von dort auf demselben Wege zurück, längs der Nordseite des Alten Marktes, nach der Hauptwache zurück. — Beide Züge wurden bei ihrer Rückkehr mit dem Blasen der Retraite empfangen, und zwar vor dem Generalkommando von dem Trompeterkorps des Husaren-Regiments, vor der Hauptwache von dem Trompeterkorps des Feld-Artillerie-Regiments. Daran schlossen sich die erforderlichen Kommandos der Führer und der von den Musikkapellen gespielte Abendsegen. Damit erreichte ca. 9½ Uhr Abends der Zapfenstreich sein Ende. Nach demselben begaben sich die Lampionsträger zur Abgabe ihrer Laternen und Lampions nach dem Wilhelmplatz gegenüber der Kommandantur.

Während gestern Abends der Himmel bezogen, und die Straßen recht schmutzig waren, ging heute die Sonne unverhüllt auf, so daß wir hoffentlich wohl wieder während des ganzen Tages das sprichwörtlich gewordene „Kaiserwetter“ haben werden. Von allen öffentlichen, königlichen und städtischen Gebäuden wehen Fahnen, auch sind viele Privathäuser mit Fahnen geschmückt. 7 Uhr Morgens wurde in den Straßen der Stadt Reveille gelassen; der Zug bestand aus 48 Spielleuten, der Kapelle des 46. Regiments und einem Zuge dieses Regiments und wurde von den berittenen Bataillons-Adjutanten geführt. Von der Hauptwache bewegte sich der Zug durch die Neuestraße, längs der Nordseite des Wilhelmplatzes, durch die Theaterstraße, über den Neustädtischen Markt, durch die Friedrichs- und Schloßstraße zurück zur Hauptwache, wo zum Schluß der Choral: „Nun danket Alle Gott“ gespielt wurde.

Morgens 6 Uhr wurden von der Kapelle des 46. Regiments auf der Gallerie des Rathhaushaus ein Choral und andere der Bedeutung des Tages entsprechende Musikstücke gespielt. Vormittags 9 Uhr fuhr vom Rathhause eine größere Anzahl von Mitgliedern der Schützen Gilde mit Equipagen und Droschken durch die Hauptstraßen der Stadt, über den Wilhelmplatz 2c. nach dem Schützenhause, um dort den Geburtstag des Kaisers zu feiern.

Die Klassensteuer-Rolle, welche von der königl. Regierung festgestellt ist, sowie die Kommunalsteuer-Rolle für die Stadt Wosen pro 1884/85 liegen vom 25. März bis zum 3. April d. J. in den Stunden von 10 bis 1 Uhr Vormittags auf dem Rathhause im Bureau IV. zur Einsicht der Steuerpflichtigen offen aus. Die Reklamationsfrist für etwa zu hoch besteuerte Personen beginnt am 4. April und erreicht mit dem 3. Juni ihr Ende. Für alle in der Rolle enthaltenen steuerpflichtigen Personen ist der Tag der Behändigung der Steuerablungs-Aufforderung auf den Beginn der Reklamationsfrist ohne jeden Einfluß.

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 20. März. (Privat-Tele. der „Pos. Ztg.“)
Der Beschluß der Duma, offiziell an der Spielhagen-Feier theil zu nehmen, ist auf Antrag des Stadtverordneten Baron Korff umgestoßen worden.

Niel, 21. März. Se. k. Hoheit der Prinz Heinrich von Preußen ist, nachdem die Korvette „Olga“ heute außer Dienst gestellt worden war, heute Abend nach Berlin abgereist.

Königsberg i. Pr., 21. März. Die Dividende für die Stammaktien der Preussischen Südbahn ist auf 5 1/2 pCt festgesetzt worden.

Kottbus, 21. März. In der heutigen Generalversammlung der Niederlausitzer Bank wurde die Verteilung einer Dividende von 5 1/2 pCt. genehmigt; die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt.

Dresden, 21. März. Das heute früh über das Befinden des Prinzen Georg veröffentlichte Bulletin lautet: Prinz Georg hat die Nacht zwar unruhig verbracht und fast gar nicht geschlafen, das Fieber ist jedoch von 40,4 auf 39 herabgegangen. Der Masernausbruch hat sich über den ganzen Körper ausbreitet; katarrhalische Erscheinungen fehlen fast ganz und das Bewußtsein ist klar.

Dresden, 21. März. Die zweite Kammer hat die Regierung zur Uebernahme des Betriebes einer von der Regierung von Sachsen-Altenburg zu erbauenden Eisenbahn von Ronneburg nach Meuselwitz ermächtigt.

München, 21. März. Die Kammer der Reichsräthe hat den Gesetzentwurf betreffend die Landeskultur-Rentenanstalt einstimmig angenommen. Von dem Antrage des Abgeordneten Kessler betreffend das Einspruchsrecht der Gemeinden bei Verordnungen wurden die Artikel 1, 8 und 9, welche die Regierung bereits in der Kammer der Abgeordneten bekämpft hatte, mit großer Majorität abgelehnt und die anderen Artikel mit theilweisen Änderungen angenommen.

München 21. März. Die Kammer der Abgeordneten hat den von der Kammer der Reichsräthe über eine staatliche Mobilar-Brandversicherungsanstalt gefassten Beschlüssen zugestimmt. Der Abgeordnete v. Stauffenberg erklärte, daß er auch diesem Beschlusse gegenüber seinen früheren verneinenden Standpunkt einnehme. Der Abgeordnete Dff suchte durch die Schädlichkeit und das Ungenügende in den Statuten und den Einrichtungen mancher Privatgesellschaften die Nothwendigkeit der Errichtung staatlicher Anstalten nachzuweisen.

München, 21. März. Die Regierung von Oberbayern hat den Beschlüssen der hiesigen städtischen Behörden, zum Bau dreier katholischer Pfarrkirchen auf 15 Jahre kommunale Zuschüsse zu leisten, die obreraussichtliche Genehmigung nicht erteilt, sich jedoch bereit erklärt, eine Zuschußleistung auf 5 Jahre für eine Kirche zu genehmigen.

Meiningen, 21. März. Amlich festgestelltes Ergebnis der am 17. März in dem 2. Meiningischen Wahlkreise (Sonnenberg-Saalfeld) stattgehabten Erziehungswahl zum Reichstage. Von 12 253 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten: Senator Dr. Witte (deutsch-freikämmerliche Partei) 5806, Amtsgerichtsrath Dr. Loß (freikonf.) 2954 und Biered (Sozialdemokrat) 3482 Stimmen. Die hiernach zwischen dem Senator Dr. Witte und Biered erforderliche Stichwahl ist auf den 31. März festgesetzt.

Wien, 21. März. Anlässlich des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm findet morgen beim Kaiser ein Galadiner statt, zu welchem der deutsche Botschafter Prinz Reuß mit dem Botschaftspersonale, die hier akkreditirten Gesandten der deutschen Bundesfürsten, sowie die Minister und obersten Hofwärtenträger geladen sind. Das Diner beim deutschen Botschafter Prinzen Reuß findet nächsten Sonntag statt.

Wien, 21. März. Nach hier vorliegenden Pester Meldungen hat der Kassirer der dortigen Eskomptebank nach einer ihm vorgelegten Photographie den Anarchisten Anton Kammerer als diejenige Persönlichkeit rekonozirt, die im Laufe des Monats Februar d. J., unter dem Namen Konrad Bildens, 24 aus dem Raube in der Eisernen Wechselstube herrührende Diebstahlsgegenstände bei der Eskomptebank deponirte und dann nicht wieder erschiene.

Christiania, 21. März. Das Reichsgericht erkannte heute den Staatsrath Holmboe gleichfalls schuldig, sein Amt vermisst zu haben.

Madrid, 20. März. Nach hier vorliegenden Meldungen aus den verschiedensten Theilen des Landes herrscht überall Ruhe und Ordnung. Das Vorgehen der Regierung bei den jüngsten Verhaftungen soll, gutem Vernehmen nach, den Zweck gehabt haben, die revolutionären Bestrebungen, welche sich seit den bekannten Vorgängen im August v. J. gezeigt haben, in ihrem Zusammenhange möglichst klar zu stellen.

London, 20. März. Bei der Erziehungswahl eines Deputirten in Cambridgehire an Stelle des bisherigen Sprechers des Unterhauses, Brand (liberal) ist der von den Konservativen aufgestellte Kandidat Thornhill mit 3815 Stimmen gewählt worden. Der liberale Gegenkandidat Coote erhielt 2912 Stimmen.

London, 20. März. Im weiteren Verlaufe der Unterhaus-Sitzung legte der Parlamentssekretär in der Admiralität, Campbell-Bannermann, das der Hauptfache nach bekannte Marinebudget vor und erklärte, daß sich unter den neu zu konstruirenden Schiffen mit leichtem Geschütz zu bewaffnende Torpedokreuzer von 1430 Tonnen befänden, die besonders durch ihre Torpedovorrichtung mächtig sein sollten. Außerdem sei auch der Bau von mit Torpedobooten versehenen Aviso's beabsichtigt. Ferner solle die Flotte Mitrailleusen erhalten, welche 10 sechspfündige Granaten in der Minute abfeuern könnten. Für die Herstellung von 200 solcher Geschütze seien bereits die Aufträge erteilt.

London, 21. März. Das Unterhaus hat die Vieheinfuhrbill ohne besondere Abänderung in zweiter Lesung angenommen. — In Huntingdonshire wurde Sir Robert Peel (konservativ) mit 455 Stimmen zum Parlamentsdeputirten gewählt, der liberale Gegenkandidat erhielt 446 Stimmen.

Rom, 20. März. Der König konferirte im Laufe des Nachmittags mit Teocho und Coppino. Die Journale „Raffegna“, „Fanzulla“, „Italia“ und „Oppinione“ sprechen die Vermuthung aus, daß Depretis mit der Rekonstruktion des Kabinetts beauftragt werden würde. Der „Diritto“ erwähnt das Gerücht, daß, weil Depretis ablehne, Mancini den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten werde.

Rom, 21. März. Der König konferirte heute Vormittag mit Farini und Minghetti wegen der Neubildung des Kabinetts.

Kairo, 21. März. Aus Suakin vom heutigen Tage wird gemeldet, der Scheik Morgani habe sich mit einem anderen Scheik heute in das englische Lager bei Handuk gegeben, um bei dem Empfange mehrerer Scheiks, welche früher zu den Anhängern Osman Digma's gehörten, jetzt aber zu den Engländern übergetreten sind, gegenwärtig zu sein.

Washington, 20. März. Durch die gestern im Senate eingebrachte Bill soll dem Präsidenten der Vereinigten Staaten auch die diskretionäre Ermächtigung erteilt werden, von der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten die Erzeugnisse derjenigen Staaten auszuschließen, welche ihrerseits die Einfuhr amerikanischer Produkte ohne billige Motive verbieten.

Paris, 22. März. Der Senat und die Kammer genehmigten einstimmig die Vorlage, betreffend die Ordensauszeichnungen und Belohnungen für die Tonkin-Armee. Der „Télégraphe“ bringt eine der Befähigung bedürftige Meldung, Admiral Courbet sei angewiesen worden, die Insel Hainan zu besetzen. Es heißt, die Regierung erörtere die Höhe der von China zu fordernden Entschädigung, die sich nicht unter 6 Mill. Pfd. St. belaufen werde.

London, 22. März. Das Unterhaus hat mit 148 gegen 137 Stimmen Willis' Antrag, die Bischöfe vom Oberhause auszuschließen, den die Regierung bekämpfte, verworfen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontana in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März.

Table with 5 columns: Datum Stunde, Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe, Wind, Wetter, Temp. i. Cels. Grad. Rows for 21. Nachm. 2, 21. Abnds. 10, 22. Morgs. 6.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. März Morgens 1,46 Meter. 21. Mittags 1,46. 22. Morgens 1,46.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 21. März. (Schluß-Course.) Ruhig, Loospapier lebhaf. Lond. Wechsel 20,49. Pariser do. 81,15. Wiener do. 168,50. R.-M. S.-M. Rheinische do. Hess. Ludwigsb. 109 1/2. R.-M.-Pr.-Anth. 127. Reichsanl. 102 1/2. Reichsbank 147 1/2. Darmst. 157 1/2. Meining Bl. 95 1/2. Def.-ung. Bant 712,75. Kreditaktien 278 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 67 1/2. Goldrente 86 1/2. Ung. Goldrente 77 1/2. 1860er Loose 122 1/2. 1864er Loose 312,00. Ung. Staatsl. 227,00. do. Oest.-Obl. II. 99. Böhm. Westbahn 267. Elisabethb. —. Nordwestbahn 158 1/2. Galizier 252 1/2. Franzosen 266 1/2. Lombarden 120 1/2. Italiener 93 1/2. 1877er Russen —. 1880er Russen 75 1/2. II. Orientanl. 59 1/2. Centr. Pacific 111 1/2. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 59 1/2. Wiener Bankverein 95. 5% österreichische Papierrente 80 1/2. Buschirader —. Egypter 67 1/2. Gotthardbahn 95 1/2. Türken 9. Edison —. Babelsberg 161 1/2. Pothr. Eisenwerke —. Marienburg-Rowla —. Alpine-Prioritäten —. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 279 1/2. Franzosen 266 1/2. Galizier 252 1/2. Lombarden 120 1/2. II. Orientanl. —. III. Orientanl. 59 1/2. Capote 67 1/2. Gotthardbahn —. Spanien —. Marienburg-Rowla —. 1860er Loose —.

Wien, 21. März. (Schluß-Course.) Schluß schwächer. Papierrente 79,75. Silberrente 81,00. Oester. Goldrente 101,85. 6-proz. ungarische Goldrente 122,20. 4-proz. ungar. Goldrente 91,87 1/2. 5-proz. ungar. Papierrente 88,60. 1854er Loose 124,00. 1860er Loose 136,50. 1864er Loose 170,00. Kreditlose 174,00. ungar. Prämien 116,80. Kreditaktien 322,80. Franzosen 313,70. Lombarden 143,40. Galizier 298,50. Kasch.-Oest. 147,20. Nordbahn 153,00. Nordwestbahn 188,00. Elisabethbahn 231,25. Nordbahn 272,00. Oester. Ung.-Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 112,70. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Bankverein 108,20. Ungar. Kredit 326,00. Deutsche Plätze 59,25. Londoner Wechsel 121,45. Pariser do. 48,10. Amsterdamer do. 100,20. Napoleons 9,61 1/2. Dukaten 5,67. Silber 100,00. Marknoten 59,25. Russische Banknoten 1,21 1/2. Lemberger Eisenw. —. Rompr.-Rubol 179,50. Franz.-Jeset —. Dux-Hohenbach —. Böhm. Westb. —. Elisabethb. 199,25. Tramway 236,70. Buschirader —. Oester. 5-proz. Papier 95,30.

London, 21. März. Consois 102 1/2. Italienische 5-proz. Rente 10 1/2. Lombarden 12 1/2. 3-proz. Lombarden alte 11 1/2. 3-proz. do. neue —. 5-proz. Russen de 1871 89 1/2. 5-proz. Russen de 1872 91 1/2. 5-proz. Russen de 1873 91. 5-proz. Türken de 1865 8 1/2. 4-proz. Fundirte Amerik. 125 1/2. Oesterreichische Silberrente 67 1/2. do. Papierrente —. 4-proz. Ungarische Goldrente 76 1/2. Oester. Goldrente 85 1/2. Spanien 61 1/2. Egypter neue —. do. unif. 67 1/2. Ottomanbank 15 1/2. Preuß. 4-proz. Consois 101. Ruhig.

Suez-Aktien 79 1/2. Silber —. Blasdistont 2 1/2 pCt. In die Bank flossen heute 86 000 Pfd. Sterl. Petersburg, 21. März. Wechsel auf London 24 1/2. II. Orientanleihe 94 1/2. III. Orientanleihe 94 1/2. Privatdistont 6 pCt. Neue Goldrente 164.

Produkten-Course.

Wien, 21. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 18,50, fremder 19,00, per März 17,75, per Mai 18,10, Juli 18,75. Roggen loco hiesiger 14,50, per März 13,90, per Mai 14,25, per Juli 14,45. Hafer loco 14,25. Rüböl loco 83,50, per Mai 81,60, pr. Okt. 29,90.

Hamburg, 21. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine ruhig, per April-Mai 173,00 Br., 172,00 Gd., per Mai-Juni 174,00 Br., 173,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig, per April-Mai 132,00 Br., 131,00 Gd., per Mai-Juni 132,00 Br., 131,00 Gd. — Hafer und Gerste unv. — Rüböl ruhig, loco 61,50, per Mai 62,00 — Spiritus höher, per März 37 1/2 Br., per April-Mai 38 1/2 Br., per Mai-Juni 38 1/2 Br., per August-September 40 1/2 Br. Raffee flau, geringer Umsatz. — Petroleum still, Standard white loco 7,65 Br., 7,55 Gd., per März 7,50 Gd., per August-Dezember 8,25 Gd. Wetter: Bedeckt.

Wien, 21. März. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,87 Gd., 9,92 Br., per Mai-Juni 10,05 Gd., 10,10 Br. — Roggen per Frühjahr 8,30 Gd., 8,35 Br., pr. Mai-Juni 8,42 Gd., 8,47 Br. Mais per Mai-Juni 6,97 Gd., 7,02 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,42 Gd., 7,47 Br., per Mai-Juni 7,55 Gd., 7,60 Br.

Wien, 21. März. (Produktenmarkt.) Weizen loco fest, per Frühjahr 9,53 Gd., 9,55 Br., per Herbst 10,11 Gd., 10,13 Br. Hafer per Frühjahr 6,96 Gd., 6,98 Br. Mais per Mai-Juni 6,59 Gd., 6,60 Br. — Rohtraps per August-Sept. 14 1/2 a 14 1/2. Wetter: Schön.

Paris, 21. März. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per März 22,80, per April 22,90, per Mai-Juni 23,60, per Mai-August 24,00. Roggen fest, per März 16,25, per Mai-August 16,75. Mais 9 Marques ruhig, per März 48,90, per April 49,40, per Mai-Juni 50,40, per Mai-August 50,90. — Rüböl behauptet, per März 72,50, per April 72,50, per Mai-August 73,25, per Sept.-Dez. 74,75. Spiritus träge, per März 42,00, per April 42,25, per Mai-August 44,00, per Sept.-Dez. 45,25. Wetter: Veränderlich.

London, 21. März. An der Riste angeboten 2 Weizenlabungen. Wetter: Bewölkt.

London, 21. März. Havannazucker Nr. 12 19 nominell. — Centrifugalzucker —.

London, 21. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 19 230, Gerste 2810, Hafer 37 900 Dts.

Weizen ruhig, stetig. Gerste ruhig, fest, übrige Artikel träge, unverändert.

Liverpool, 20. März. (Offizielle Notirungen.) Definitiver Umsatz 2000 Ballen.

Upland good ordin. 5 1/2, do. low middl. 5 1/2, do. middl. 5 1/2, Mobile middl. —. Orleans good ordin. 5 1/2, do. low middl. 5 1/2, do. middl. 6 1/2, Orleans middl. fair 6 1/2, Pernam fair 5 1/2. Santos fair —. Bahia fair 5 1/2, Maceio fair —. Maranham fair 6, Egyptian brown middl. 4 1/2, do. fair 6 1/2, do. good fair 7 1/2, do. white middl. —, do. fair 6 1/2, do. good fair 6 1/2, M. Gd. Broad good 5 1/2, do. fine 6 1/2, Dhollerah fair 4, do. good fair 4 1/2, do. good 5, do. fine 5 1/2, Domra fair 4 1/2, do. good fair 4 1/2, do. good 4 1/2, do. fine 4 1/2, Tinnevely good fair 4 1/2, do. good —, Beteren good fair 4 1/2, do. good 4 1/2, Peru rough fair 7 1/2, do. good fair 7 1/2, do. good 8 1/2, do. smouth fair 6 1/2, do. good fair 6 1/2.

Liverpool, 21. März. Baumwolle (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Amerikaner 1/8 d. höher.

Bradford, 21. März. Wolle ruhig, Preise unverändert, wollene Garne flau, Lustre mehr gefragt, wollene Stoffe ruhig.

Manchester, 21. März. 12r Water Armitage 6 1/2, 12r Water Taylor 7, 20r Water Nichols 8 1/2, 3r Water Clayton 9 1/2, 32r Rod Tomhead 9 1/2, 40r Rule Rayoll 9 1/2, 40r Medio Wilkinson 11, 32r Warpcos Lees 8 1/2, 36r Warpcos Qual. Rowland 9 1/2, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double courante Qualität 14, Painters 1 1/2 1 1/2 8 1/2 pfd. 85. Anziehend.

Amsterdam, 21. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, pr. Nov. 252, per März —. Roggen loco unverändert, auf Termine geschäftlos, per März 159, per Mai 161, Oktober —. Rüböl loco 38 1/2, per Mai 36, per Herbst 34 1/2.

Amsterdam, 21. März. Bancaum 53.

Antwerpen, 21. März. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer still. Gerste unverändert.

Antwerpen, 21. März. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez. Br., per April 18 1/2 Br., per Mai 18 1/2 bez., 18 1/2 Br., per Sept.-Dezember 20 1/2 Br. — Weichend.

Petersburg, 21. März. (Produktenmarkt.) Talg loco 70,00, per August 67,50. Weizen loco 12,50. Roggen loco 9,00. Hafer loco 4,60. Hanf loco —. Weinsaat (9 Bud) loco 15,75. — Wetter: Frost.

Marktpreise in Breslau am 21. März.

Table with 5 columns: Festsetzungen der städtischen Deputation, gute, mittlere, geringe Waare. Rows for Weizen, Roggen, Hafer, Gerste.

Festsetz. d. v. d. Handelskammer eingef. Kommission. feine, mittel, ordin. Waare.

Table with 5 columns: Raps, Rübsen, Winterfrucht, bto. Sommerfrucht, Dotter, Schlagslein, Hanfsaat.

Kartoffeln. pro 50 Kgr. 3,00—3,25—3,50—3,75 Mark, pro 100 Kgr. 6—6,50—7—7,50 Mark, pro 2 Liter 0,12—0,13—0,14—0,15 Mark. — Heu, per 50 Kgr. 3,20—3,40 Mark. — Stroh, per Schock à 60 Kgr. 24,00—26,00 Mark.

Breslau, 21. März. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Ricesaat rothe (per 50 Kilogramm) unveränd., ordinär 37—47, mittel 48—50, fein 51—55, hochfein 56—59. — Ricesaat weiße (per 50 Kgr.) ruhig, ordinär 55—65, mittel 66—80, fein 81—94, hochfein 95—100. — Roggen (per 1000 Kilo.) matter. Gefündigt. — Str. Angelaufene Ründigungsscheine —, per März 147,00 Br., per März-April 147,00 Gd., per April-Mai 147,00 bez. Gd. schles. — Br., per März-April 148,50 Gd., per Juni-Juli 150,50 Br., per Juli-August 151 Gd., 151,50 Br., per Sept.-Okt. 151 bez. — Weizen Gef. — Str., per März 186 Br., Hafer Gefündigt. — Str., per März 135 Br., per April-Mai 135 Br., per Mai-Juni 137 Br., per Juni-Juli 139 Br. — Raps Gefündigt — Centner per März 278 Br. — Rüböl unverändert. Gefündigt — Centner, loco in Quantitäten à 5000 Kilogramm 63,00 Br., per März 61,00 Br., per März-April 60,50 Br., per April-Mai 60,00 Br., per Sept.-Okt. 59,00 Br. — Spiritus matter Gefündigt. 10 000 Liter, per März 46,10—46,20 bez., per März-April 46,20 Gd., per April-Mai 46,50—46,60 bez. schleßlicher —, Gd., per Mai-Juni 47,00 Gd., per Juni-Juli 48 Br., per Juli-August 48,70 Br. Gd., per August-Sept. 49 bez. Br., per Septemb.-r-Oktob. 48,50 Gd. Zink: (per 50 Kilo) fest.



Culmbacher Exportbier-Pluschant, Markt- und Wasserstraßen-Ecke 52. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs: Aufsich der großen Festtonne. J. Fuchs.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. März. Wind: SW. Wetter: Veränderlich. Die an die etwas kühlere Witterung geknüpften Erwartungen haben sich im heutigen Verkehr nicht realisiert, obwohl ja vereinzelt eher festere Tendenz herrscht.

nach Qualität, gelbe Viehschmalzqualität 172 Mark, gelber märkischer - ab Bahn bez., udermärkischer - ab Bahn bez., per diesen Monat - bez., per April-Mai 173-173,25-173 Mark, bez., per Mai-Juni 175-175,25-175 bez., per Juni-Juli 177 bez., per Juli-August 179 bez., per Septbr.-Oktober 182,5-182,25 bez. Durchschnittspreis - M. Gefündigt - Zentner.

Gb., per März-April 21,00 M., per April-Mai 21,00 M., per Mai-Juni - per Juni-Juli - M., per Juli-August - M. Durchschnittspreis - M. Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Saft. Saft 10,80 Gb., per diesen Monat 10,80 Gb., per März-April - M., per April-Mai - Gb.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 21. März. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung und mit zumeist wenig veränderten Kursen auf speculationem Gebiet. Das Geschäft entwickelte sich bei großer Heftigkeit der Spekulation sehr ruhig.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische, solide Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere waren meist be- hauptet. Die Kassaverthe der übrigen Geschäftszweige blieben ziemlich fest bei mäßigen Umsätzen.

Bon den fremden Fonds waren russische Anleihen ziemlich be- hauptet, ungarische Goldrente unverändert, Italiener schwächer. Deutsche und preussische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung ruhig; inländische Eisenbahnprioritäten still.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Table with multiple columns: Wechsel-Kurse, Ansländische Fonds, Eisenbahn- und Stamm-Prioritäts-Aktien, Berlin-Dresd. u. St., Bank-Aktien, Dividende pro 1883, Industrie-Aktien, Dividende pro 1883, Bank-Aktien, Dividende pro 1883. Includes various financial data points and stock prices.